Unselbständiger Entschließungsantrag

der Abgeordneten August Wöginger, Sigrid Maurer, Andreas Hanger, David Stögmüller, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Hilfe aus dem Katastrophenfonds für die Betroffenen des verheerenden Starkregens und der schweren Überflutungen in Österreich

eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend „selbstverschuldete Amtsunfähigkeit und fortgesetzter Verfassungsbruch müssen Konsequenzen haben"

Begründung

Seit Anfang Juli 2021 wurden Teile der Schweiz, Belgiens, der Niederlande und Deutschlands von Dauerregen und schweren Gewittern heimgesucht. Dies führte zu mehreren Tagen andauernden verheerenden Überflutungen. Häuser wurden unterspült, von den Fluten mitgerissen und beschädigt; Straßen, Brücken und andere Infrastruktureinrichtungen wurden zerstört. Bei der Naturkatastrophe starben über 180 Menschen. Das Tiefdruckgebiet zog weiter über die Ostalpen, wo es zu schweren Überschwemmungen und verheerenden Zerstörungen in Österreich kam. Hallein, Salzburg und Kufstein wurden überflutet. Es kam zu zahlreichen Murenabgängen. Ganze Siedlungen bzw. Dörfer mussten evakuiert und Bahnstrecken gesperrt werden, Brücken wurden massiv beschädigt.

Namhafte Klimaforscher sind sich einig, dass der wesentliche Faktor für die zunehmende Häufigkeit und Intensität von solchen Extremwetterereignissen der fortschreitende Klimawandel ist. Der Nationalrat bekennt sich daher dazu, die im Regierungsprogramm festgeschriebenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise so bald wie möglich und ambitioniert umzusetzen.

Tausende Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, Rettung und Bundesheer sowie freiwillige Helferinnen und Helfer standen und stehen im Dauereinsatz und beschützen verlässlich die betroffenen Menschen mit ihrem vorbildhaften und entschlossenen Einsatz. All diesen Personen gilt unser ausdrücklicher Dank für diese großartige Leistung.

Die Bundesregierung – allen voran Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler – sagten bereits Hilfe zu, um den Menschen nach den verheerenden Unwettern, die nahezu im gesamten Bundesgebiet aufgetreten sind und enorme Schäden verursacht haben, beizustehen, denn das Ausmaß der Zerstörung ist beträchtlich. Umfassende finanzielle Hilfe für die Betroffenen zur Beseitigung der Schäden und zum Wiederaufbau ist dringend erforderlich.

Der inhaltliche Zusammenhang mit der Dringlichen Anfrage ergibt sich insbesondere daraus, dass der Vollzugsbereich des Bundesministers für Finanzen, der Gegenstand der Dringlichen Anfrage ist, auch den Katastrophenfonds beinhaltet, der der Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von eingetretenen Katastrophenschäden dient.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern den Opfern der Unwetterkatastrophe aus dem Katastrophenfonds rasch und unbürokratisch Hilfe zur Beseitigung der Schäden nach der Unwetterkatastrophe im Juli 2021 zur Verfügung zu stellen."

(Pöttinger) (Stögmüller) Hanger

Wöginger Maurer

Gescanntes Original